

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk 60 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Ausschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1929

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 30 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 50 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 175.

Mittwoch, den 30. Juli 1919.

17. Jahrgang.

Der angebliche englische Friedensfühler.

Deutsche Nationalversammlung zu Weimar.

Weimar, 26. Juli.

Zu der Nachmittags-Sitzung der Nationalversammlung kam zunächst der bayerische Bauernbündler Eisenberger zu Wort, dessen Ausführungen in ihrer drastisch-urwüchsigem Art vielfach heitere Zustimmung fanden. Er forderte zum einträchtigen Zusammenarbeiten auf, dann würden wir auch wieder vorwärts kommen.

Der Abgeordnete Langvoß von der Deutschhannoverschen Partei stellte sich dem Hause als parlamentarischer Neuling vor und richtete einen Appell an das Haus, unser ganzes Augenmerk darauf zu richten, wie wir aus der schwierigen Lage heraus kämen, anstatt fortwährend darüber zu streiten, wer Schuld an unserer Lage sei.

Von der zweiten Rednergarnitur kam sodann noch Mehrheitssozialist Wels an die Reihe, der noch auf den gewaltigen Eindruck hinwies, den die Enthüllungen des Reichsfinanzministers Erzberger im ganzen Reiche gemacht hätten. Ein längeres Kapitel widmete er der Frage des Völkerverbundes, der die wahre unblutige Weltrevolution darstelle, und schloß mit der Erklärung, daß die Aufnahme Deutschlands in diesen Völkerverbund das Ideal des Völkerverbundes verwirklichen werde.

Die Weiterberatung wurde auf Montag nachmittag 2 Uhr vertagt. Außerdem soll am Montag die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes beginnen.

Sturmzeiten in Weimar.

Weimar, 28. Juli.

Der heutige Sitzungstag der Nationalversammlung war ein Tag der Minister. Zu Beginn der Sitzung wurde ein Antrag der Mehrheitssozialisten angenommen, die erste Lesung über den Gesetzentwurf betreffend den Staatsgerichtshof mit der allgemeinen politischen Aussprache zu verbinden. Dies veranlaßte den Reichsminister des Innern Dr. David dem Gesetz eine Begründung zu widmen. Nach den Ausführungen des demokratischen Abgeordneten Göttsche ergriff der Reichsminister des Auswärtigen Müller das Wort, um nochmals auf den Friedensschritt des Nuntius Pacelli einzugehen. Von besonderem Interesse war die Verlesung des Wortlautes der englischen Anfrage. Die Ausführungen des folgenden Redners, des deutschnationalen Abgeordneten Schulz-Bromberg gaben dem Ministerpräsidenten Bauer Gelegenheit, auch seinerseits auf all die in der Aussprache angeschnittenen Fragen mit großer Ausführlichkeit einzugehen. Eine gewisse Sensation erregte die Verlesung eines Briefwechsels zwischen dem früheren Reichskanzler Dr. Michaelis und dem Generalfeldmarschall von Hindenburg. Im Verlauf seiner Rede kam es des öfteren zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Ministerpräsidenten und der Rechten, die sich oft zu wahren Stürmen steigerten, als nach dem Ministerpräsidenten Reichsfinanzminister Erzberger das Wort ergriff, um die von ihm am Freitag gemachten „Enthüllungen“ noch weiter auszuführen. Zum Schluß der Sitzung gab es noch eine kurze Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Landwirtschaftsminister und dem Abgeordneten Schulz-Bromberg über die Bewaffnung der Mitglieder des Landbundes, worauf die weiteren Beratungen auf Dienstag vormittag 10 Uhr vertagt wurden.

Der Wortlaut des englischen Telegramms an den päpstlichen Stuhl, in dem Erzberger den „englischen Friedensfühler“ erblickt, ist der folgende:

Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note seiner Heiligkeit zu befragen, und sind nicht in der Lage, über die Beantwortung der Vorschläge seiner Heiligkeit den Frieden herbeizuführen und zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näher zu kommen, solange die Zentralmächte sich nicht über die Pläne ihrer Regierungen geäußert haben und darüber, zu welchen Entschlüssen sie bereit sind, und durch welche Mittel sie die Welt vor einer Wiederholung der entsetzlichen Greuel des Krieges zu bewahren glauben. Selbst hinsichtlich Belgiens liegen keine bestimmten Neußerungen vor, obwohl die Zentralmächte in diesem Punkte das begangene Unrecht anerkannt haben, und es sind niemals bestimmte Erklärungen darüber befunden, ob sie bereit sind, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen und den angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Erwünschenswert werden die Erklärungen gegenwärtig sein, die in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson von uns abgegeben sind. Weder von Desterreich noch von Deutschland sind Erklärungen dazu erfolgt. Alle Versuche, die Kriegführenden in Uebereinstimmung miteinander zu bringen, werden vergeblich sein, solange wir nicht über die soeben erwähnten Punkte im Klaren sind.

Vom Schwachsieden.

Artikel 323.

Deutschland verzichtet insbesondere darauf, zum Nachteil der Häfen, Seeschiffe oder sonstiger Schiffe irgendeiner der alliierten und assoziierten Mächte eine Zuschlagsgebühr, eine direkte oder indirekte Prämie auf die Ausfuhr oder die Einfuhr über die deutschen Häfen oder durch die deutschen Seeschiffe oder sonstigen Schiffe oder diejenigen einer anderen Macht festzusetzen.

Während Deutschland diese Verpflichtungen auf sich nimmt, bleibt ihm die Gleichberechtigung von der anderen Seite versagt. Es muß sich also gefallen lassen, wenn zum Nachteil seiner Häfen und Seeschiffe eine Prämie auf seine Einfuhr oder Ausfuhr von Seiten der Alliierten und Assoziierten (oder des Völkerverbundes) verfügt wird.

Nach diesem englischen Schreiben sind die englischen Kriegs- und Friedensziele der bekannnten Antwort der Entente auf die sogenannte Friedensnote des Präsidenten Wilson vom Januar 1917 zu entnehmen. In diesem umfangreichen Schriftstück wurde nicht weniger verlangt, als die „Mittgabe“ Elzas-Lothringens, die Zerstückelung Desterreich-Ungarns, die Aufteilung der Türkei, die Wegnahme der Kolonien usw.

Das nennt Herr Erzberger „Friedensfühler!“ Herrn Erzberger wurden in der Sitzung vom 28. Juli zahlreiche weitere Irrtümer und Unrichtigkeiten nachgewiesen, die sein Handeln in ein immer traurigeres Licht setzen. — Wie lange läßt sich das deutsche Volk diesen Mann noch gefallen??

Die Stimmung des Viererrats vor der Unterzeichnung.

Von zuverlässiger englischer Seite erfährt ein Korrespondent der „Telegraphen-Union“ über die Stimmung, die am 23. Juni, dem Tage, an welchem Deutschland von den Alliierten Bedenkzeit zur Annahme des Friedensvertrages erbeten hatte, im Viererrat der Entente herrschte.

Der Viererrat hatte sich damals um 2 Uhr zu einer Sitzung vereinigt, um die Antwort der deutschen Regierung abzuwarten. Es herrschte die größte Spannung bei den vier Ministern darüber, wie sie ausfallen werde. Im großen und ganzen erwartete man die Ablehnung des Vertrages. Als gegen 4 Uhr die Antwort immer noch nicht eingetroffen war, entspann sich eine allgemeine Erörterung über die Deutschland zu gewährenden Mildebrungen. In der Befürchtung, Deutschland werde nicht annehmen, entschloß sich der Viererrat, einige Mildebrungen eintreten zu lassen. So sollte bestimmt auf die Auslieferung des Kaisers und wahrscheinlich auch auf die der mitangeklagten Offiziere verzichtet werden. Um 4 Uhr 25 Minuten wurde mit der Abfassung einer entsprechenden Depesche an die deutsche Regierung begonnen. Bevor diese Abfassung beendet war, traf um 4 Uhr 40 Min. die offizielle Mitteilung Deutschlands von der bedingungslosen Annahme ein, durch welche die Absendung der eben abgefaßten Depesche hinfällig wurde.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wir waren alle davon überzeugt, daß eine Ablehnung der grausamen Friedensbedingungen der Alliierten veranlassen würde, ihre Forderungen zu revidieren. Aber eine Clique um Erzberger behauptete in Weimar, es bliebe jetzt nichts mehr übrig, als zu unterschreiben, da die Alliierten nicht einen Schritt breit mehr von den Forderungen abweichen würden und sofort in Deutschland einzumarschieren planten. Inzwischen wissen wir von einem neutralen Diplomaten, daß die Ablehnung der Bedingungen durch Deutschland eine Krise sowohl in Frankreich wie in England hervorgerufen hätte. Heute nun wird (wie es scheint), zuverlässig berichtet, daß man in Paris am 23. Juni doch sehr besorgt war, Deutschland könne nicht unterschreiben. Und, so heißt es, die Wilson, Lloyd George und Clemenceau hätten schon die Köpfe zusammengesetzt und beraten, wie weit man noch weitere Konzessionen machen müsse. Um 4 Uhr nachmittags war man einig, noch andere Einwände Deutschlands gelten zu lassen. Und es hat wie eine Erlösung gewirkt, als mitten in der Abfassung der entgegenkommenden Depesche an die deutsche Regierung die deutsche Depesche eintraf: Wir unterschreiben. Angesichts solcher Nachrichten, die man nach Kenntnis der Dinge nicht anzweifeln kann, muß sich die Empörung in jeder deutschen Brust erheben über die, die die Verantwortung an dem Schwachsieden tragen.

Die oberschlesische Frage.

Saag, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das polnische Pressebureau meldet, daß diejenigen Kreise, die während der früheren deutschen Regierung durch polnische Abgeordnete im Reichstage vertreten wurden, nicht der Volksabstimmung unterliegen. Auf diese Weise würde das ganze industrielle oberschlesische Gebiet ohne Volksabstimmung an Polen fallen.

Krisenstimmung in Weimar.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Aus Weimar liegen bis zur Stunde recht wenig Nachrichten über die Vorgänge am Montag vor. Aber soweit man bisher in Berliner politischen Kreisen die Lage beurteilt, nimmt man an, daß jenen Nachrichten die größte Bedeutung beizumessen ist, die von einer aufsteigenden Regierungskrise in Weimar reden. Die Mitteilungen des Grafen Czernin und die Beweise des Grafen Debel, die Erzberger direkt der Lüge zeihen, haben in allen Parteien große Bestürzung hervorgerufen. Es fanden viele Beratungen statt und schließlich hörte man, Erzberger werde auf diese neuen „Angriffe“ wieder antworten. Die Antwort kann sich Herr Erzberger, nach der Ansicht der Politiker scheitern; denn er kann seine Situation doch nicht mehr retten. Nicht nur auf der rechten Seite des Hauses, sondern auch bis in die Reihen des Zentrums hinein vertritt man jetzt die Auffassung, daß eine Klärung der Dinge nur möglich sei, wenn Erzberger sich selbst dem Staatsgerichtshof stellt. Diese Auffassung vertritt übrigens, wie mir von zuverlässiger Seite versichert wird, auch Herr von Kühlmann, der bereits in Berlin weilt und jederzeit bereit ist, sich vor einem Staatsgerichtshof zu verantworten. Auch der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis scheut sich, wie er einigen Herren mitteilte, nicht, seine Sache vor einem Staatsgericht zu verteidigen. Daraus schließt man nun, daß die Handlungen Dr. Michaelis und Kühlmanns wesentlich anders zu beurteilen sind, als es Erzberger tat und tatsächlich die größte Verantwortung auf Erzberger schiebt, der außerdem sich, wie aus Weimar gemeldet wird, mit Händen und Füßen dagegen wehrt, dem Rate seiner Freunde zu folgen und seine Angaben vor dem Gerichte zu verfechten. Es ist beargwünlich, nachdem Erzbergers Rede sich in ihren Hauptpunkten wieder als Fälschung der Wahrheit erweist, daß selbst innerhalb der Regierung der Glaube an Erzberger, der tatsächlich bisher unerschütterlich gewesen ist, ins Wanken gerät und der Gedanke eines Rücktritts der ganzen Regierung, die allein von Erzberger aufgestellt wurde, liegt außerordentlich nahe.

Die Krise wird übrigens von einigen Parteien, hauptsächlich von den Demokraten gefordert, die damit wieder die Führung im Kabinett zu erhalten glauben.

Am Ende der Weimarer Tagung.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter. Die Tagung der Nationalversammlung in Weimar soll nun endgültig zu Ende gehen. Das Reichstagsgebäude in Berlin ist wieder soweit eingerichtet, daß eine Uebersiedelung dorthin stattfinden kann. Als Termin ist vorläufig der 15. September, der Tag, an dem wahrscheinlich die Sommerferien ablaufen, in Aussicht genommen. Für eine baldige Uebersiedelung nach Berlin sprechen mehrere Gründe. Die Reichsregierung hat in der Hauptstadt ihren Sitz und muß jedes mal, wenn die Nationalversammlung tagt, mit einem riesigen Beamtenkörper nach dort reisen, was dem Reiche ungeheure Kosten verursacht. Es war daher aus diesem Grunde von der Regierung schon lange der Plan gefaßt, die Nationalversammlung nach Berlin zu verlegen. Es liegt aber auch im Interesse der Volksvertretung, dort zu tagen, weil die parlamentarischen Hilfsmittel, wie Bibliotheken, Kanzleien, Telefonanlagen usw. in Weimar sehr zu wünschen übrig lassen, während sie in Berlin unbenutzt sind. Die Benutzung des Weimarer Theaters hat dieser Stadt einen großen Anfall an Einnahmen verursacht, die noch umso mehr ins Gewicht fallen, weil Weimar jetzt nach Vertreibung des Großherzogs die Kosten für den Unterhalt allein tragen muß. Aus all diesen Erwägungen heraus hat sich die Nationalversammlung jetzt bereit erklärt, die Uebersiedelung nach Berlin baldigst vorzunehmen. Die Beratungen in Weimar werden sich aller Voraussicht nach höchstens noch bis Mitte August hinziehen. Bis dahin hofft man sowohl die Reichsverfassung in dritter Lesung als auch die eingeangenen wichtigsten Steuergesetze in zweiter und dritter Beratung zu verabschieden. Am 15. August wird dann das Plenum seine Ferien antreten, während die Ausschüsse weiter tagen werden. Die Uebersiedelung des Bureau wird noch im Laufe des August stattfinden. Am 15. September soll dann das Plenum in Berlin zusammentreten. Wie lange die Dauer der Berliner Tagung sein wird, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. Eine Reihe wichtiger Übergangsgesetze warten noch auf ihre Erledigung. Auch das neue Wahlgesetz soll in Berlin durchberaten werden. Man hofft zwar in parlamentarischen Kreisen, daß diese Arbeiten sich bis spätestens Ende November erledigen lassen und alsdann die Neuwahlen zum Reichstage stattfinden können.

Nach Auflösung der Nationalversammlung ist bekanntlich auch eine Neuwahl des Reichspräsidenten erforderlich. Sie soll gleich nach der Reichstagswahl stattfinden. Wenn die Berechnungen unserer Parlamentarier zutreffen, werden wir also im nächsten Jahre einen neuen Reichstag und vermutlich auch einen neuen Reichspräsidenten haben.

Der unheilvolle 9. November.

Aus einem Bericht von beteiligter Seite.

Bis zum 9. November war Seine Majestät der Kaiser und König der Meinung gewesen, seines Heeres ganz sicher zu sein und nötigenfalls die erforderlichen militärischen Kräfte zur Niederwerfung einzelner Bewegungen zur Verfügung zu haben. Die überraschenden Fortschritte der Revolution und der Zerstückelung der Truppen veranlaßten am Vormittag des 9. November die Oberste Seeresleitung, ihr Gutachten pflichtgemäß dahin abzugeben, daß es nicht mehr möglich sei, die Heimat mit dem Heere wiederzuerobern; auch sprach sie sich gegen die Möglichkeit aus, daß der Kaiser in friedlicher Weise an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückkehren könne, weil auch daraus sich Kämpfe ergeben müßten. Gleichzeitig drängte der Reichskanzler fortgesetzt telephonisch auf sofortige Abdankung. Angesichts dieser Sach-

Hannover, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Versammlung sämtlicher Arbeitnehmer der deutschen Rallwerke, die in Hannover stattfand, wurden die Forderungen der Arbeitnehmer neu formuliert. Sie sind der Öffentlichkeit bisher noch nicht bekannt geworden. Die Arbeiter haben gedroht, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, in einen Generalstreik zu treten.

Die deutschen Erzehe im besetzten Gebiet.

Karlsruhe, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Speyer wurde eine Proklamation der Besatzungsbehörden bekannt gemacht, welche die Gültigkeit aller deutscher Gesetze vom 8. Juli d. Js. von der Erlaubnis der französischen Besatzungsbehörde abhängig macht.

Bestrafung Kölner Bürger.

Köln, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das militärische Militärgericht verurteilte drei Bürger aus Köln zu fünf Jahren Gefängnis, wegen Beteiligung an einer Verschwörung zur Aufrichtung von Meuterei und Aufruhr unter den alliierten Truppen. Gleichzeitig wurde eine Bekanntmachung erlassen, die die Einwohner Kölns warnt, sich an aufgeregterischen Treiben zu beteiligen, unter Androhung schwerster Freiheitsstrafen im Uebertretungsfall.

Gegen den Reichsverderber.

St. Wie der Kampf gegen Erzberger ausgeht, ob es gelingen wird, diesen Reichsverderber aus dem Ministeramt zu entfernen und ihn für geraume Zeit dem politischen Leben zu entziehen, ist zur Zeit noch ungewiß. Erzberger, der mit der Wahrheit nie sehr genau genommen hat, ist um Ausflücht nicht verlegen, und das unbändige Mundwerk, mit dem er zu zübrigen vermag, ist geeignet, so manchen Harmlosen über die Schwäche seiner Beweisführung zu täuschen. Auch unter den Vertretern in der Nationalversammlung mag es Einige geben, die sich durch die Zungenfertigkeit Erzbergers verwirren lassen. Die meisten Mitglieder der schwarzen Mehrheit des Reichstages kommen weniger darauf an, was der jetzige Reichsfinanzminister zu seiner Rechtfertigung vorzutragen vermag, als vielmehr darauf, daß die Mehrheit nicht aus den Fugen geht, und das es zu Zwecken notwendig ist, diesen Reichsfinanzminister so lange zu halten wie es irgend möglich ist. Ist doch diese Mehrheit an dem verhassten Erzberger, das im Frühjahr 1917 einsetzte, die Zustimmung zu seinem Vorgehen mit schuldig.

Ganz gleich aber, wie lang Erzberger noch belegen hat, seine unheilvolle Tätigkeit fortzusetzen, ganz gleich auch, was auf die Beschuldigungen Helfferichs und des Grafen Wedel jetzt und später antwortet, zwei Feststellungen, die ihn unter Umständen schwer belasten, lassen sich schon jetzt treffen. In der früheren Staatssekretär und Vizetanzmeister Dr. Helfferich gehört, wie wir wissen, zu den deutschen Reichsangehörigen, deren Auslieferung die Entente zu verlangen geben. Jedenfalls steht sein Name auf der Liste der Auszuliefernden. Das ist ohne Zweifel Herrn Erzberger genau bekannt. Trotz unterjüngt sich dieser deutsche Politiker und Minister, in der Entgegnung auf die Angriffe Helfferichs zu behaupten, daß unter Helfferichs Obhut die schwerindustriellen "Aspiranten" auf Belgien organisiert worden seien. Selbst wenn das wahr ist, Herr Helfferich bestreitet es aufs Entschiedenste, hätte Erzberger es jetzt mit Rücksicht auf die auch gegen Helfferich sich richtende Nachsucht unserer Feinde, öffentlich nicht aussprechen dürfen. Dr. Helfferich nennt in seiner Antwort auf diese Erzbergerschen Auslassungen die eben angeführte Behauptung nicht eine gemeine Lüge, sondern auch angesichts der Bestimmungen des Erzberger-Friedens über die Auslieferung deutscher Reichsangehöriger, eine gemeine Denuncation. Der Leser mag entscheiden, ob Herr Dr. Helfferich Anlaß zu einer solchen Sprache hat.

Nach den Mitteilungen des Grafen Wedel, unseres bisherigen Botschafters in Wien, hat Erzberger jedenfalls den Inhalt der geheimen Denkschrift über die Schwere Österreich-Ungarns, der unter keinen Umständen Kenntnis unserer Feinde hätte kommen dürfen, in einem Vortrag vor einer Gesellschaft in Frankfurt am Main vermerkt, wodurch erheblich dazu beigetragen, daß unsere Feinde diesen Vortrag der sie zum Ausscharen ermutigen mußte, erzählten. Herr Erzberger mag sich noch so sehr um den Nachweis bemühen, daß im Umfange auf spätere Friedensbemühungen keinen Einfluß gehabt habe, die Tatsache, daß durch seine Schwahhaftigkeit und Macherei unsere Feinde in den Besitz sehr wichtiger Nachrichten gelangt sind, vermag er nicht aus der Welt zu schaffen. Aber genügt, um ihn als Politiker gebührend zu kennzeichnen.

Entente gegen Bela Kahun. Einmalig ist mitgeteilt worden, daß Präsident Wilson Forderungen erhebt, die Abkommen und Noten, die auf der Friedenskonferenz getroffen bzw. ausgetauscht worden sind, zu veröffentlichen und daß er erklärt habe, er werde sie selbst veröffentlichen, wenn Japan sich weigere dies zu tun. Der Präsident verlange übrigens nichts anders, als das, was Japan versprochen habe, als die Regelung der Schantungfrage in Paris zustande kam.

Entente gegen Bela Kahun.

Versailles, 27. Juli.

Der Oberste Rat der Alliierten richtete gestern folgenden Funkspruch an das ungarische Volk:

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben den dringenden Wunsch, mit dem ungarischen Volk Frieden zu schließen und dadurch einem Zustand ein Ende zu bereiten, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas unmöglich macht und ein Hindernis ist für jeden Versuch, die Bevölkerung zu ernähren. Es ist aber unmöglich, dieses Werk zu beginnen, bevor Ungarn eine Regierung hat, die das Volk vertritt und die die zwischen ihm und den alliierten Regierungen getroffenen Verpflichtungen dem Worte und dem Geiste nach erfüllt. Das Regime Bela Kahun entspricht in keiner Weise diesen Bedingungen. Es hat nicht nur den von Ungarn unterzeichneten Waffenstillstand gebrochen, sondern es greift in diesem Augenblick auch eine befreundete und alliierte Macht an. Es ist die Aufgabe der assoziierten Regierungen, unter ihrer eigenen Verantwortung die Maßnahmen zu ergreifen, die diese besondere Frage notwendig macht. Wenn Lebensmittel und sonstige Versorgungsgegenstände geliefert werden sollen, wenn die Blockade aufgehoben, das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus unternommen und schließlich der Friede wiederhergestellt werden soll, so kann das nur mit einer Regierung geschehen, deren Autorität sich nicht auf den Terror stützt. Die assoziierten Regierungen halten es für zweckmäßig hinzuzufügen, daß jede fremde Besetzung ungarischen Gebietes, wie sie von der Friedenskonferenz bestimmt worden ist, in dem Augenblick ein Ende finden wird, in dem der Höchstkommandierende der Interalliierten die Waffenstillstandsbedingungen in befriedigender Weise für ausgeführt erklärt werden.

Die gesamte Pariser Morgenpresse mit Ausnahme der sozialdemokratischen Presse ist mit diesem Vorgehen der Alliierten einverstanden.

Deutsches Reich.

Im Prozeß wegen Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring wurde das Urteil verkündet. Daraus wurde zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Gottlob, Becker und Pöschel zu je zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Almer zu zwei Jahren Gefängnis, Schreiber zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Fribe, Pöndemann, Krebs, Merkel und Thamm wurden freigesprochen.

Vom Staatenaußschuß. In der unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Erzbergers abgehaltenen Vollversammlung des Staatenaußschusses wurde den Entwürfen eines Umsatzsteuergesetzes und eines Gesetzes über das Reichsnotopfer zugestimmt.

Preussische Landesversammlung. Auf die Anfrage des Abgeordneten Delze in der Preussischen Landesversammlung betreffend Entfernung der Kaiserbilder hat der Vertreter des Kultusministers geantwortet, daß durch das Vorhandensein der Kaiserbüsten in den Schulen die Politik in diese getragen würde und daß ferner das Symbol der gestürzten Regierung durch die Anwesenheit der Büsten und Bilder um den Kindern dauernd vor Augen gehalten und dadurch der Unterricht und die Ordnung gestört würden.

Antrag der deutschnationalen Volkspartei an die Nationalversammlung. Die Nationalversammlung wolle beschließen: Die Nationalversammlung verlangt von der Regierung, daß sie für Ruhe und Ordnung im Lande sorgt, die Zwangswirtschaft abbaut, der Verschwendung der öffentlichen Gelder ein Ende macht, die Ordnung der Finanzwirtschaft des Reichs wieder herstellt, den privaten Unternehmungsgeist vor der Furcht vor gefährlichen Experimenten im Wirtschaftsleben befreit und nach außen Würde und Entschlossenheit wahr. Die ihre Tätigkeit einleitende Unterzeichnung des Versöhnungsfriedens, sowie das Werden um Aufnahme in den Völkerverbund, in dem Deutschland die Teilnahme unter schweren Beledigungen verweigert worden ist, steht damit im schärfsten Widerspruch. Aus den Erklärungen und den bisherigen Maßnahmen der Regierung entnimmt die Nationalversammlung nicht das Vertrauen, daß die Regierung ein solches Programm mit der erforderlichen Kraft und Energie zur Durchführung bringen wird. Die Nationalversammlung spricht daher der Regierung ihr Mißtrauen aus.

Neuer Streik in Stettin.

Stettin, 29. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Stettin erwartet man einen neuen Streik, da die Arbeiter auf ihrer Forderung der Bezahlung der Streiktage bestehen. Heute nachmittag finden im Magistratsitzungsraum Verhandlungen in dieser Angelegenheit zwischen den Beteiligten statt.

lage entschloß sich Seine Majestät am Mittage des 9. November, zum Verzicht auf die Kaiserkrone sich bereit zu erklären, gleichzeitig aber auszusprechen, daß er könig von Preußen bleiben und bei seinen Truppen ausharren wolle. Der Reichskanzler hatte jedoch, ohne das Eintreffen dieser Entscheidung abzuwarten und im Gegensatz zu ihrem Inhalt, die Abdankung Seiner Majestät als Kaiser und König der Öffentlichkeit und damit dem Seere bekanntgegeben. Ein Verbleiben des Kaisers bei der Truppe und der Versuch, die unbefugte Veröffentlichung des Reichskanzlers rückgängig zu machen, hieß nunmehr den Bürgerkrieg sowie die Fortsetzung der Kämpfe mit der Entente, damit aber den völligen Zusammenbruch Deutschlands heraufbeschwören. Den Bürgerkrieg wollte Seine Majestät dem Volke und seinem Seere, wie er immer wieder betonte, unter allen Umständen ersparen; auch wollte der Kaiser vermeiden, daß seine Person ein Hindernis bilde, erträgliche Bedingungen für den Waffenstillstand und Frieden zu erreichen. Er stand unter dem niederschmetternden Eindruck, daß ihn der erste Ratgeber der Krone, der Reichskanzler, preisgegeben hatte, daß Heer und Marine ihn verlassen hatten und daß ihm der Weg zur Heimat und zur Front verschlossen war. So faßt der schwergeprüfte Herrscher nach qualvollen Seelenkämpfen in Uebereinstimmung mit dem Urteil seiner verantwortlichen Ratgeber und seiner Umgebung den Entschluß, außer Landes zu gehen. Der Kaiser hoffte, hierdurch Deutschland weitere Verluste, Not und Leid ersparen und ihm Frieden, Ruhe und Ordnung wiedergeben zu können. Bis zuletzt ließ er sich nur von dem einen Gedanken leiten, seinem Vaterlande treu zu dienen.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

Amsterdam, 28. Juli.

Heute nachmittag wurde hier der internationale Gewerkschaftskongreß eröffnet. Der Vorsitzende des englischen Verbandes gewerkschaftlicher Vereinigungen Dudgeest begrüßte in seiner Eröffnungsrede die Vertreter von mehr als 16 Millionen Arbeitern aus allen Ländern. Er erklärte, das Proletariat der ganzen Welt müsse sich jetzt zusammenschließen und sich gut organisieren, damit es nicht mehr möglich sei, eine solche Schande wie diesen Krieg über die Welt zu bringen. Der Kongreß müsse sich ein Haus bauen, in dem man in Zukunft wohnen werde. Er wird zu dem Arbeitsabkommen Stellung nehmen, das von der Pariser Friedenskonferenz aufgestellt worden ist und prüfen, ob es dem Ziele der Arbeiter entspricht. Desgleichen wird der Kongreß erwägen, ob der Völkerverbund, der die Arbeitergesetze in der Hand nehmen soll, der Forderung der Berner Konferenz soweit entgegenkommt, daß ein Zusammenarbeiten mit ihm möglich und erwünscht ist. Dudgeest faßte dann weiter, daß die Gewerkschaften bisher eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit erstrebt haben. In allen Ländern folge jedoch auf eine Erhöhung der Löhne eine Erhöhung der Kosten des Lebensunterhaltes und umgekehrt. Der Kongreß müsse einen Weg finden, um aus diesem verwerflichen Kreislauf herauszukommen. Zum Schluß drückte Dudgeest den Wunsch aus, daß der Kongreß ein Vorbild der Einigkeit und Brüderlichkeit bieten möge.

Ausland.

Der Wiener Staatssekretär des Aeußern Dr. Otto Bauer hat demissioniert. In der Sitzung des Hauptauschusses teilte der Präsident Seitz ein Schreiben mit, das ihn von dem Leiter des Staatsamtes des Aeußern Dr. Bauer zugekommen sei, und worin dieser unter ausführlicher Darlegung seiner Gründe auf seine Stellung verzichtet und erklärt, daß die künftige Politik des Kabinetts wie sie nach der Feldkircher Konferenz des Präsidenten mit dem Staatskanzler, dem Vizekanzler und dem Staatssekretär Bauer sich ergeben hat, auch nach der Meinung des Staatssekretärs Bauer objektiv und historisch notwendig zu sein scheine. Nur sei er, Bauer selbst, nicht der geeignete Mann hierzu. Vizekanzler Fink berichtete über die Verhandlungen mit dem Staatskanzler Dr. Renner betreffend die Nachfrage und Beantworte, der Nationalversammlung vorzuschlagen, es sei der Staatskanzler Renner mit der Leitung des Staatsamtes des Aeußern zu betrauen. Präsident Bauer gibt seinem Bedauern über den Rücktritt Bauers Ausdruck und dankt ihm für die von ihm jederzeit bekundete loyale Politik; Abg. Binkhofer und die sozialistischen Mitglieder des Hauptauschusses schließen sich den Ausführungen Bauers an. Der Antrag Fink wird angenommen. Auf Eruchen des Präsidenten Seitz und des Hauptauschusses erstattete sodann der scheidende Staatssekretär Dr. Bauer noch einen eingehenden Bericht über die Friedensbedingungen und über die Informationen, die in der Feldkircher Konferenz der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in Saint Germain für die Antwortnote gegeben worden sind.

Finnland. Das dänische Blatt Politiken veröffentlicht ein Privattelegramm des Stockholmer Dagens Nyheter aus Helsinki, wonach Professor Stahlberg vom finnischen Landtage mit 143 Stimmen gegen 50 Stimmen, die auf Wannerheim fielen, zum Präsidenten von Finnland gewählt worden sei.

Die Schantungfrage.

Aus Amsterdamer Allgemeinen Handelsblad melden die Times aus Newyork, daß die Schantungfrage wieder einen Schritt weiter gekommen ist.

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Dtmann.

101]

(Nachdruck verboten.)

"Wozu man allerdings recht wenig bemerkt hat." "Ich gestehe das ein. Und ich will Ihnen erklären, wie es dahin gekommen ist. Ich bin an sich gewiß ein leichtlebiger Mensch — ich genieße gern und schneise wohl auch aus, wenn mir die Möglichkeit dazu gegeben ist. Für seine Natur ist am Ende niemand verantwortlich. Aber ich habe doch gearbeitet, bis ich nach Frankenburg gekommen bin — ich habe mich doch immer ehrlich und anständig durchgebracht. Jetzt aber fiel mir das Geld plötzlich mühelos zu, nachdem ich eben die härtesten Entbehrungen erfahren hatte. Ich hatte keinen Finger zu rühren dafür. Ich gewöhnnte mich an ein Leben des Luxus und der Bequemlichkeit. Immer größer wurden meine Ansprüche, und Hermann Ramboldt gab — gab, was ich brauchte."

"Sie werden ihn nicht für Ihre eigene Schwäche verantwortlich machen wollen!"

"Nein. Ich will Ihnen nur zu erklären versuchen, wie sich alles so gestaltet hat, wie es gekommen ist. — Bis zu diesem Jahr war es noch erträglich; wenn sich zwischen Ramboldt und mir auch allmählich eine Feindschaft herausbildete, die mir uns kaum noch verbergen konnten. Da kamen Sie hierher. Und von dem Augenblick an war es unerträglich, überhaupt noch mit ihm zu verkehren."

"Ich verstehe Sie nicht. Welche Bedeutung kann mein Kommen für ihn gehabt haben?"

"Darauf muß ich Ihnen die Antwort schuldig bleiben. Ich weiß nur, daß es ihn furchtbar erregte. Er mußte irgendeinen Grund haben, Sie zu fürchten, Herr von Prettin. Ich bin ganz sicher, daß er Sie fürchtete. Er gab mir sofort den Auftrag, Ihnen jenes Anerbieten mit dem Gutskauf zu machen — noch ehe Sie überhaupt in hohen Rauten waren. Und in der Folge — als Sie

meinen Vorschlag schroff zurückgewiesen hatten — trieb er mich dazu, Sie fortgesetzt zu drangsalieren. Ich sollte Ihnen den Aufenthalt hier verleiden. Außerdem kaufte er durch meine Vermittlung die Schulden auf, die Sie von Ihrem Herrn Onkel her hatten übernehmen müssen, und er veranlaßte, daß Ihnen die Hypothek getündigt wurde. Aber er tat das alles sicherlich viel weniger aus Haß, als aus Furcht."

Prettin atmete schwerer. Der andere konnte es ja nicht wissen, wieviel er ihm mit seinen Worten offenbarte. Aber er behielt sich vollkommen in der Gewalt. Und ruhig vermochte er zu entgegnen: "Was Herr Ramboldt gegen mich unternehmen wollte oder unternehmen hat, ist ja nun ohne Belang. Aber Sie wollten mir erklären, wie es kommen konnte, daß der angebliche Anteil des Herrn Althoff an der Erfindung des Ramboldt-Strumpfes so völlig unbekannt blieb. Es ist mir, wie gesagt, ganz unbegreiflich, daß er nicht irgendwelche Aufzeichnungen hinterlassen hat."

"Es sind ja auch die genauesten Aufzeichnungen vorhanden gewesen! — Haben Sie denn nicht gehört, daß unmittelbar nach dem Tode des Herrn Althoff — oder in seinen letzten Lebensstunden — ein Einbruch in seinem Hause verübt wurde? — Ein Diener hatte die günstige Gelegenheit wahrgenommen, den Schreibtisch des Herrn Althoff auszubrechen. In der Meinung, daß sie Geld oder Wertpapiere enthalten müsse, hat er sich die Mappe angeeignet, die jene wichtigen Dokumente enthielt. Gerade an dem Tage, da der Fabrikant mit Hermann Ramboldt einen Vertrag abgeschlossen hatte, nach dem ihm für seine Mitarbeit ein geringfügiger Anteil an dem Ertragnis der Erfindung gehören sollte."

"Und es wußte niemand etwas von der Existenz dieser Papiere?"

"Niemand — außer Hermann Ramboldt natürlich. In Gegenwart des Ingenieurs hatte Althoff sie in der Mappe verwahrt und in den Schreibtisch gelegt. Wenige Stunden später ereilte ihn der Schlaganfall, der seinem Leben ein Ziel setzte. Und als Hermann Ramboldt von dem Diebstahl erfuhr, da wußte er, daß er keine Ent-

deckung und keine Entlarvung zu fürchten hatte, wenn er sich die Erfindung des Toten aneignete."

"Er mußte doch damit rechnen, daß die Verträge und Aufzeichnungen in jedem Augenblick wieder zum Vorschein kommen konnten!"

"Daß er damit rechnen mußte, hat sein Leben ja auch vergiftet! — So reich er geworden ist, und in wie großem Luxus er auch gelebt hat: er war bei alledem ein unglücklicher Mensch, Herr von Prettin. Ich glaube, daß er seine Verfehlungen sehr hart gebüßt hat. Und an dem Wiederauftauchen der Dokumente ist er ja nun auch zugrunde gegangen."

Prettin fuhr in Ueberraschung auf. "Wie — sie sind wieder aufgetaucht? — Sie haben sich wiedergefunden?"

"Ja so — darüber sind Sie noch nicht orientiert? — Der Diener, der seinerzeit den Einbruch im Althoffschen Hause verübte, ließ sich vor einigen Monaten von Ramboldt engagieren, weil er wohl eine günstige Gelegenheit für einen neuen Diebstahl zu finden hoffte. Während einer Reise des Fabrikanten wurde er von Frau Ramboldt dabei abgefaßt, als er den Schreibtisch seines Brotgebers geöffnet hatte. In der Bestürzung gestand er auch den Diebstahl vor fünf Jahren ein. Und dafür, daß man ihn ohne eine Anzeige laufen ließ, brachte er die Mappe zurück. Und Sie sagen, daß Ramboldt an dieser Entdeckung zugrunde gegangen ist —?"

"Er sah sich entlarvt, denn die Aufzeichnungen waren so klar, daß seine Frau sie ohne weiteres hätte verstehen müssen. In Verzweiflung kam er zu mir, weil er von mir seine Rettung erwartete. Ich sollte ihm alles mögliche bezeugen — daß der Ramboldt-Strumpf tatsächlich seine Erfindung sei — ich sollte ihn durch mein Zeugnis reinwaschen — — Und als ich dieses Ansuchen zurückwies, wie es selbstverständlich war, da fiel er in einem plötzlichen Tobjuchtsanfall über mich her. — Hätte ich das Zeugnis der beiden Leute nicht gehabt, die auf meine Rufe zu Hilfe eilten, so hätte mir vielleicht oben drein eine peinliche Unternehmung geblüht."

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Köln, den 20. Juli 1919.

Num. 60, 61; Sonnenaufgang 4.17, Sonnenuntergang 7.53, Mondaufgang 8.24, Monduntergang 8.43.

Unser Pommernstrand.

Mit nicht geringem Stolz blicken wir Pommern auf unsern Strand. Seine eigenartige Natur, die schätzbare Schönheit seines Landschaftsbildes, das Fneinanderstel des Meeres mit der charakteristischen Tier- u. Pflanzenwelt der Düne stellen Werte dar, die heute nicht mehr bloß der Naturfreund zu schätzen weiß. Wir wissen heute, daß alle Schönheit nur der harmonische Ausdruck sozialer Vollkommenheit ist und daß der Mensch, ohne sich zu schämen, nicht ungekräftigt die Hand an den Reichtum der Naturformen und -schöpfungen legen darf. Verarmt die Natur, so wird unsere Seele ärmer an edelsten Genüssen, an stiller Bildung und eisiger Reife. Darüber hinaus erwacht den Bewohnern des Strandes die Pflicht, aus eigenem materiellem Bedürfnis für die Erhaltung der Naturreize ihrer Heimat zu sorgen; denn von der Gesamtheit dieser Werte hängt die Anziehungskraft ab, die der Strand auf den modernen Menschen ausübt. Daher hält es der Pommersche Bund für Heimatschutz für seine vornehmste Pflicht, die Öffentlichkeit noch einmal nachdrücklich auf zwei gefährdete Kinder des Strandes hinzuweisen, die Möwe und die Stranddöckel. Das heitere Spiel des übergrauen Vogels, wer möchte es missen über den dunklen Wogen, über den hellen Sandhängen, auf dem Hintergrunde des unendlichen Azurs! Und doch besteht die ernste Gefahr, daß nach den Raubvögeln der Küste auch dieser freundliche Gast verschwinde, wenn nicht dem Eigenmut, der Gedankenlosigkeit und der kleinlichen Gewinnsucht, die hier zerstörend am Werke sind, entgegengegriffen wird. Man sieht die Möwe, fängt sie in den Dünenklippen und räumt die Netze aus. Gegenüber dieser naturverwundenden Robheit hat die Schule ernste Aufgaben. Ebenjoviel versprechen wir uns aber von der tatkräftigen Verfolgung jedes Falles, wo ein Naturfreund solchen Naturverderben auf die Spur kommt. Das Vogelschutzgesetz für das Deutsche Reich vom 30. Mai 1908 gibt den Behörden Mittel an die Hand, gegen Raublinge genannter Art vorzugehen, und wir bitten, diese Bestrebungen durch unermüdete Anzeigegabe zu unterstützen.

Die Gefahr völliger Ausrottung droht außer der Möwe vor allem der Stranddöckel. Dieser schöne Schmuck unseres Strandes mit dem prächtigen Graublau der Blätter und Blüten, ein wahres Wunder auf so karglichem Boden, von der Natur mit einer ungewöhnlichen Widerstandskraft und Zeugkraft ausgestattet, ist trotzdem von der rücksichtslosen Rauberei der Sommerfrischler streckenweise völlig vernichtet worden. Hier tut Eile not. Jeder große Badeort sollte nach dem Vorgehen Kolbergs für Anpflanzung dieser wundervollen Blume sorgen. Uns allen aber liegt die Pflicht ob, dieses Naturkleinod vorläufig für unverletzlich zu erklären und Missetäter gegenüber in Schutz zu nehmen. Auch hier bietet die Regierungsverwaltung vom Juni 1909 genügenden Rückhalt.

Die kurzen Gottesdienste, die seit einiger Zeit an jedem Donnerstag abends 6.30 Uhr in der Marienkirche abgehalten werden, kommen in der Unruhe und Not der Zeit einem tiefen Bedürfnis entgegen und erfreuen sich deshalb eines guten Besuchs. Es sei erneut auf diese Gottesdienste hingewiesen. Es ist keineswegs nötig, an diesen Andachten in sonntäglichen Kleidern teilzunehmen. In gleicher Weise ist jeder herzlich willkommen, der in Werktags- oder Arbeitskleidern von dem Arbeitsweg zu diesen Gottesdiensten erscheint. Das entspricht auch der Art und der Zeit dieser Andachten.

Volksmissionsfest. Die Gelegenheit, den Ostafrika-Missionar Pastor Karl Roehl hier zu haben und zu hören, gab den Anstoß, den 3. August als einen Missionssonntag zu feiern und ein Volksmissionsfest zu veranstalten, wie es während der Kriegszeit in Köln nicht mehr begangen wurde. — Pastor Roehl steht seit mehr als zwanzig Jahren in der Badelschwingerischen Ostafrika-Mission und hat zuletzt im Ruandalande segensreich gewirkt. Er ist nicht nur als Missionar, sondern auch als wissenschaftlicher Sprachforscher und Bibelübersetzer tätig. Er hat die langen Monate seiner Gefangenschaft in Tabora, später in Loulou glücklich zu eingehendem Studium der Bantusprache benutzen können. Um ostafrikanischen Feldzüge nahm er als Lazarettochwarter und Etappenleiter unter dem tapferen Hauptmann Wilgense teil, dem er in seinem, kürzlich erschienenen, leider schon vergriffenen, vortrefflichen Buch: „Ostafrikas Heidenkampf“ ein Ehren-denkmal gesetzt hat. Bei seiner Heimkehr aus der Gefangenschaft erhielt er das Eisenerne Kreuz.

Missionar Roehl wird am 3. August um 10 Uhr in der Schloßkirche eine Missionspredigt halten. Nachmittags um 3 Uhr wird in Roggwo im Wäldchen, bei ungünstigem Wetter im nahegelegenen Gasthofsjaale, eine Missionsfeier veranstaltet, die hoffentlich aus Köln und Umgegend volkstümliche Beteiligung finden wird. Der Posauenchor des Junglingsvereins und der Schwefelsternchor von Salem werden mitwirken. Abends 8 Uhr wird eine Nachfeier im Saal des Gemeindehauses stattfinden, bei welcher Pastor Roehl Vortrag halten und von seinen Kriegserlebnissen in Ostafrika berichten wird. Der Gesangchor des Jungfrauenvereins wird den Festabend schmücken.

Schlageret. Uns wird geschrieben: Ein in Groß-Möllen wohnender Badegast zeigte gestern am Strande Spuren vergangenen Heidenmutes, indem er mit großer Kraft im Wort die angeblich unbefugte Benutzung eines Padelbootes durch Badegäste diesen gegenüber verurteilte. Hiermit war jedoch seine Stärke noch nicht erschöpft. Nicht ganz so kräftig wie mit Worten führte der Herr seine Sache mit der Faust fort, wobei er allerdings kläglich Fiasko erlitt. Durch Betteile und Unbeteilte konnte er mühsam überredet werden, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht ist. Die Gelegenheit dürfte übrigens ein gerichtsliches Nachspiel haben.

Zur Krankenernährung. Der Reichsernährungsminister hatte im April Maßnahmen zur Besserung der Krankenernährung getroffen. Aus den amerikanischen Zufuhren wurden den deutschen Streitkräften Sondermengen von Fleisch und Speck und Fett zur Erhöhung der Krankenzulage zugewiesen. Insbesondere sollte die Rationierung für die Infanterie der Lungendienststellen dadurch um 250 Gramm Fleisch und Speck und 250 Gramm Fett erhöht werden. Unter den damaligen Verhältnissen konnte die Besserung der Krankenernährung nur für beschränkte Zeit in Aussicht gestellt werden. Nachdem nunmehr genügend Vorräte vorhanden sind oder doch in bestimmter Aussicht stehen, hat der Reichsernährungsminister die Regierungen der deutschen Freistaaten ersucht, die damals getroffenen Maßnahmen bis auf weiteres beizubehalten.

Besondere Zuweisungen von Lebensmitteln an die heimkehrenden Kriegesgefangenen. Der Reichsernährungsminister hat bestimmt, daß die jetzt heimkehrenden Kriegesgefangenen von den Kommunalverwaltungen, von denen sie zum ersten Male in ihr ordentliche Lebensmittelversorgung aufgenommen werden, Sonderzuweisungen an Lebensmitteln erhalten. Die Kriegesgefangenen werden während der ersten 6 Wochen nach ihrer Heimkehr neben den allgemeinen Rationen wöchentlich 1 Pfund Brot, 50 Gramm Fett, 250 Gramm Hülsenfrüchte und 125 Gramm Auslands-Speck oder Konservenfleisch und zwar zu den festgesetzten verbilligten Preisen erhalten. Die Ausgabe der Sonderzuweisungen ist auf dem Entlassungsschein (Ueberweisungsschein, Urlaubsschein) unter Stempel und Unterschrift für jede Woche zu vermerken.

Der Deutsche Funkerbund hat sich in diesen Tagen gebildet. Der Bund will alle aktiven Land- und Marine-Funker, sowie die früheren Angehörigen dieses Berufes, die in ihm zurückkehren wollen, vereinigen. Er will bei der bevorstehenden Ordnung des

Funkerwesens die Rechte der Funker des Behörden und Privatgesellschaften gegenüber wahren, geeigneten Nachwuchs heranbilden und ihn dann wirtschaftlich heben und fördern. Zu diesem Zweck hat sich der Deutsche Funkerbund einer großen und angesehenen Angestellten-Gewerkschaft organisatorisch angeschlossen. Dadurch erhalten die Mitglieder Stellenlosenunterstützung bei Lohnbewegungen und in Notfällen, eine Zeitschrift usw. Nähere Auskunft erteilt die Zeitung des Deutschen Funkerbundes Hamburg 86 Busch.

Hochschulnachrichten. Der Münchener Privatdozent Dr. med. Hermann Straub hat einen Ruf an die Universität Halle als a. o. Professor für innere Medizin als Nachfolger des verstorbenen Professor Dr. Leo Mohr erhalten. — Geheimer Regierungsrat Professor der Geschichte Dr. Busch ist zum Rektor der Universität Marburg gewählt worden. — Zu Mitgliedern der Kommissionen für Ausbildung von Finanzbeamten sind folgende Hochschullehrer berufen worden: 1. Kommission für den Ausbau der Finanzwissenschaft: Professor Dr. Schumacher-Berlin, Professor Dr. Dieckel-Wonn, Professor Dr. Vog-München, Professor Dr. Alfred Weber-Heidelberg und Professor Dr. Gerlach-Königsberg; 2. Kommission für die Vorbildung der Steuerbeamten: Professor Dr. Brodt-Marburg, Professor Dr. Jastrow-Berlin, Professor Dr. Jitzelmann-Wonn und Professor Dr. Prion-Berlin; 3. Kommission für Ausbildungsurge: Professor Dr. Sering-Berlin, Professor Dr. Schmalenbach-Köln, Professor Dr. Waldecker-Berlin, Professor Dr. Pohl-Weipzig und Dr. Köhlinger-Berlin. — Dem Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Dr. Wurmeling in Münster ist das Amt des Rektors der dortigen Universität übertragen worden. — Der Direktor der Chirurgischen Klinik der Universität Halle, Prof. Dr. Schmieden, hat den Ruf an die Universität Frankfurt angenommen.

Wußeden (Kreis Kölsch). Am Sonntag, 27. Juli, feierte die Kirchengemeinde Wußeden-Juchen ihr Missionsfest. Begünstigt von einem Missionswetter nahm das Fest einen schönen, würdigen Verlauf. Am Vormittag predigte Pastor Klar aus Wittenfelde über 1. Timotheus 1, 15 und stellte die zehnteilige Missions-gemeinde auf den rechten Grund aller Missionararbeit. Der Gottesdienst in Wußeden wurde verschönt durch Chorgesang, vorgetragen vom hiesigen Gesangsverein, und durch Begleitung der Choräle durch die Posauenchöre aus Erentin; beiden sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Am Nachmittag um 2 Uhr hielt Missionar Schirge von der Berliner Missionsgesellschaft den Missions-lindergottesdienst ab. Nachmittags um 5 Uhr begann die Nachfeier auf einem schönen Festplatz das Jamandersee. Pastor Schulze-Großmöhlen hielt die biblische Ansprache über Matth. 14, 22-33; die Not und Hilfe unserer Mission war der Grundgedanke der Ansprache. Dann gab Missionar Schirge den Bericht über seine Erlebnisse in Deutschostafrika. Als Mitkämpfer unter Lettow-Vorbed erzählte er uns von dem Heldentum und der Treue der kleinen Schar; mit Stolz, aber auch mit Wehmut sprach alles seinem Bericht. Die Wieder der Nachfeier begleitete wiederum der Erentiner Posauenchor. — In Kolleten kamen 254,54 M., durch den Bücherverkauf 104,18 M., für den Sammelverein 7,38 M. ein.

Ewinemünde. Ein schweres Fliegerunglück hat sich am Ewinemünder Strand ereignet. Ein Wasserflugzeug der Luftverkehrsgesellschaft Sablatung, das einen Rundflug unternahm, stürzte aus geringer Höhe ab. Es überschlug sich und wurde völlig zertrümmert. Der Pilot Liebig aus Berlin war sofort tot. Ein Fahrgast, der Zahnarzt Hafke aus Berlin erlitt einen Schädelbruch und starb nach wenigen Minuten. Seine junge Ehefrau trug einen Schenkelbruch davon. Das junge Paar befand sich auf der Hochzeitsreise.

Der Angestellte

findet regelmäßig alles, was seinen Stand und Beruf +++ angeht, im +++

Kölscher Volksblatt.

Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 22. bis 23. Juli 1919.

Alle Betrachtungen der ausländischen Fachpresse über die Weizenversorgung der Welt stimmen darin überein, daß trotz der Miternte in Indien und trotz des Ausbleichens Australiens und Rumaniens aus der Reihe der Getreideexportländer mit einer überreichlichen Deckung des europäischen Einfuhrbedarfs zu rechnen ist. Nach einer Berechnung des englischen Fachblattes Corn Trade News ist der in England, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Holland, Belgien, der Schweiz, Skandinavien, Deutschland und in den Ländern der früheren Donaumonarchie erforderliche Zusatz an fremden Weizen auf etwa 18 1/2 Millionen Tonnen zu veranschlagen, ein Quantum, das die Vereinigten Staaten und Kanada allein zu decken in der Lage sein dürften. Da außerdem noch die Vorräte Argentinien und Australiens zur Verfügung stehen, so erscheint eine reichliche Versorgung des Weltmarktes in jedem Falle gesichert. Nichtsdestoweniger wäre es verfehlt, aus dieser rein statistischen Betrachtung die Hoffnung auf eine stärkere Preislenkung herableiten. Amerika beherrscht die Situation, und wenn von Argentinien in nächster Zeit auch größere Zufuhren zu erwarten sind, so bleibt der Weltmarkt in der Hauptsache doch auf nordamerikanischen Weizen angewiesen. Von großer Bedeutung für die weitere Gestaltung der Marktlage ist aber auch die Frage, ob es möglich sein wird, den erforderlichen Schiffsraum für den Abtransport so gewaltiger Mengen zu beschaffen. Vorläufig ist von einer Vermehrung des Frachtagabotes noch wenig zu hören und es deutet auch sonst nichts auf eine baldige Ermäßigung der überaus hohen Frachtraten hin. — In Deutschland haben sich die Ernteaussichten in den letzten Wochen soweit gebessert, daß bei Aufrechterhaltung der Verbrauchsregelung kaum größere Bezüge ausländischen Weizens erforderlich sein dürften. Die Importeure werden ihr Hauptaugenmerk vielmehr auf die Beschaffung von Futtermitteln zu richten haben. Es wird sich dabei zunächst um argentinischen Mais handeln, der in schwimmender und abzuladender Ware mit circa 1500 bis 1600 Mark je Tonne frei deutschen Hafens angeboten wird. — Auch Deckungen sind nur zu außerordentlich hohen Preisen zu beschaffen. — Für Hafer, der im Schleibhandel bekanntlich mit 2000 bis 2500 Mark je Tonne bezahlt wird, sollen vereinzelt schon Angebote neuer Ernte zu 1000 Mark und darunter gemacht worden sein, doch sind Abschlüsse wohl kaum zustande gekommen, da vor dem 18. August getätigte Lieferungsverträge nicht rechtsverbindlich sind.

Volkswirtschaft.

Die Versammlung der Besenbesitzer des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats genehmigte den Antrag der Rheinischen Stahlwerke, die Zeche Arenberg Fortleitung im

Sinne des Paragraph 18 des Syndikats mit ihren anderen Schachanlagen als ein Ganzes zu betrachten. Die Grundzüge, welche dem Reichswirtschaftsminister für die Verteilung des Ausgleichsfonds vorgeschlagen werden sollen, wurden einstimmig genehmigt. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Erhöhung des Bergpreises wurde der Richtpreis für Briketts vom 1. August ab um 2,90 Mark erhöht.

Die Wiederaufnahme des Handels.

Hamburg, 28. Juli. Die Newyorker Linie hat eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Hamburg und nordamerikanischen Häfen eingerichtet.

Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß sie bereit ist, Anfragen wegen Frachten, Wäpfrt usw. zu beantworten.

Rom, 28. Juli. (Stefani). Ein Dekret verkündet die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland, jedoch werden die Syndikate zur Verwaltung der beschlagnahmten feindlichen Güter ihre Tätigkeit fortsetzen, bis von der Friedenskonferenz endgültige Beschlüsse gefaßt worden sind. Die einschlägigen Bestimmungen über Zahlungen an feindliche Staatsangehörige bleiben mit wenigen Ausnahmen in Kraft.

Handels-Wochenschau.

Von unserem Berliner Handelsmitarbeiter.

Auch diese Woche hat ihren Streit gehabt. Wenngleich der für den 21. Juli als den „Tag des Proletariats“ zur Verherrlichung der „Internationalen“ angesagte Weltgeneralkongress gescheitert ist, weil gerade das Ausland, anscheinend in richtiger Erkenntnis des Generalunsinnes, nicht mitmachte, so kam es doch, namentlich in Berlin, wieder zur Lahmlegung lebenswichtiger Betriebe und hiermit aufs neue zu einem verlorenem Arbeitstag mit einem sich auf Millionen beziffernden volkswirtschaftlichen Schaden. Inzwischen ist die Arbeiterschaft bei den Siemens und Halske-Werken schon wieder einmal in passive Resistenz getreten, d. h., sie erscheinen in den Betriebsstätten, verrichten aber keinerlei Arbeit. Auch diese Abart des Streiks ist nur geeignet, die Hoffnung auf baldige Rückkehr der Arbeiter zur Selbstbestimmung und zur früheren Arbeitswilligkeit weiter sinken zu lassen und den völligen Zusammenbruch des ehemals so blühend gewesenen Wirtschaftslebens zu beschleunigen. Denn selbst die größten und bestfundierten Werke sind nicht in der Lage, die jetzigen Zustände noch lange ohne die schwerste Erschütterung zu ertragen. Die Klagen aus den verschiedenen Industriezweigen werden daher täglich lauter und dringlicher. So hören wir, daß die Reparatur eines bei Belgoland auf Grund geratenen amerikanischen Dampfers, deren Kosten sich auf 600 000 Mark belaufen hätten, einer Hamburger Werft nicht übertragen werden konnte, weil die Werften infolge der Arbeiterverhältnisse gezwungen waren, die Dauer der Reparatur auch nicht bis zehn Wochen zu veranschlagen, während die englischen und amerikanischen nur drei Wochen Frist forderten, wie sie vor dem Kriege auch die deutschen Werften nicht länger gebraucht haben.

Da die Arbeiter keine Ueberstunden mehr machen und die Sonntagsarbeit und besonders die Akfordarbeit aufgehoben ist, kann Deutschland mit dem Auslande nicht mehr im Wettbewerb treten. Dabei wären von der obigen Summe von 600 000 Mark reichlich zwei Drittel aus Arbeiterlöhne entfallen, außerdem hätte eine Ausföhrung dieses ausländischen Auftrages uns ein entsprechendes Guthaben verschafft und dadurch unsere Einfuhr von Lebensmitteln und anderen dringlichen Bedarfsartikeln entsprechend leichter und vorteilhafter gestaltet. Denn unsere Valuta verharbt noch immer auf ihrem Tiefstande und ist in den letzten Tagen neuerdings gefallen, mit der Wirkung, daß wir zu W. für einen schweizer Franken erheblich mehr, als das Dreifache des normalen Preisstandes (2,75 Mark statt 0,80 M.) bezahlen müssen. Auch sonst werden aus allen Teilen des Reiches Betriebsbeschränkungen oder gar völlige Stilllegungen als Folge von Arbeiterschwierigkeiten und hierdurch verstärkten Mangel an Kohlen und anderen Rohstoffen gemeldet, die die zunehmende Entmutigung der Unterschmer begreiflich machen. Besonders in der Metallindustrie hat die Verkürzung der Arbeitszeit zusammen mit den Löhnerhöhungen und den hohen Kohlen- und Erzpreisen den Wettbewerb mit der englischen und amerikanischen Eisenindustrie bereits zur Unmöglichkeit gemacht. Die sich zahlreich bietenden Auslandsaufträge müssen in den meisten Fällen abgelehnt werden, weil sie den deutschen Werken keinen Nutzen lassen, sondern sogar noch Verlust verursachen. Unter diesen Umständen finden die sich mehrenden Versuche ausländischer und besonders amerikanischer Geldleute, in der deutschen Großindustrie festen Fuß zu fassen, ständig größeres Gegenkommen. Besonders in Oberschlesien werden entsprechende Angebote der Amerikaner leider nicht mehr ohne weiteres verworfen, so daß man für die nächste Zeit bereits bedeutungsvolle Besitzveränderungen in der ober-schlesischen Metallindustrie in Aussicht stellt. Auch an der Berliner Börse hat man in diesen Tagen wieder größere Aufkäufe von Aktien industrieller Werke beobachtet können, die die gleichen Ziele anstreben. Das ist schon deshalb lebhaft zu bedauern, weil es sich hierbei um die größten und besten deutschen Werke handelt, deren Beeinträchtigung oder gar Majorisierung durch ausländisches Kapital für die ohnehin schwer erschütterte deutsche Volkswirtschaft neue ernste Gefahren und Verluste in sich birgt. Aber auch die allen Ermahnungen ihrer Führer noch immer trotzen Arbeiterchaft wird damit zu rechnen haben, daß das Ausland ihr gegenüber nicht die gleiche Nachgiebigkeit und Willensschwäche walten lassen wird, wie die deutsche Regierung. Um sich seinen Profit zu sichern, wird das fremdländische Kapital sich mit der ihm innewohnenden Brutalität über viele soziale Bestimmungen richthaltlos hinwegsetzen und auch den Arbeiter ohne weiteres zur Arbeitsleistung zu zwingen versuchen.

Die Börse kann sich zwar dem Eindruck der mehr als misslichen Lage nicht ganz entziehen, bleibt aber weiter bemüht, sich die gute Stimmung vorerst nicht verderben zu lassen. Da die Besitzer von Wertpapieren diesen Besitz als Kapitalanlage gegenwärtig meistens für sicherer halten, als den Einkauf gegen deutsches Papiergeld, so ist das Angebot andauernd nur gering, mit der Wirkung, daß die Kurse vielfach neue, größere Steigerungen erfahren. Immerhin ließ sich doch ein Nachlassen des Haupttaumels nicht verkennen. Viel besprochen wurde die neueste Erzberger-Leistung, die eine Abstempelung der Banknoten und Wertpapiere zur Verhinderung der Kapital- und Steuerflucht vorsieht und hiermit die Börse begreiflicherweise einen nicht gekündeten Schreden eingejagt hat, wenngleich die Unübersichtlichkeit dieser weder neuen, noch sehr klugen Idee für jeden Sachverständigen außer Zweifel steht. Auch die beiden neuen Minister Bauer und Müller konnten sich mit ihren sehr langen Reden an der Börse keinen Erfolg holen, weil sie mit vielen Worten nur schon Gesagtes wiederholten, und im übrigen den Glauben an die Verwirklichung ihres „Programms“ nicht zu verstärken vermochten.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Haupt-Redakteur Günther Herricht; für den Anzeigen-Teil: Hans Reigebind. Druck und Verlag: Bergheimer Zeitung A.-G. Sämtlich in Köln. — Berliner Schriftleitung: August Storm, Berlin.

Nachruf.
Am 24. d. Mts. starb nach kurzem Krankenlager der
Schmiedemeister
Karl Grünh.
Seit 30 Jahren hat er im Orte gewirkt. Durch sein
liebendes und stets hilfsbereites Wesen hat er sich
die Achtung und Liebe der ganzen Gemeinde und der
umliegenden Umgegend erworben. Sein Verlust ist uns
unersetzlich und wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Neuenhagen, den 29. Juli 1919.
Sämtliche Gemeindeglieder.
J. A. Schreiber, 1 Schiffe.

**Herrn- und Damen-
Regen-Gummimäntel**
neu eingetroffen.
G. Jakobzel, Hohetorstraße 13.

Schlacke
kann abgefahren werden.
Papierfabrik Köslin, Alt.-Ges.

Zu herabgesetzten Preisen
Briefpapiere in Mappen

25/25 Inhalt Orient	2,25
25/25 Inhalt Phänomen	2,50
25/25 Inhalt Gluckspost	2,75
5/5 Inhalt Briefmappe	0,25

empfehlen
Fürstentümer Zeitung A.-G.
Köslin.

**Sarg-Magazin
und Beerdigung-Institut**
Holzmarkt 2 **Albert Jütz** Holzmarkt 2
Telephon 351 • • Inh.: Willy Jütz • • Telephon 351
Übernahme bei vorkommenden Sterbefällen Besorgungen
ganzer Begräbnisse,
auch empfehle eigene Leichenfrau.
Größtes Lager in Holz- und Metall-Särgen
sowie Sargausstattungen
zu billigen Preisen.

Prima Kernledertreibriemen
nach gestreckt, zum beherrschenden Höchstpreis von M. 42.-
per Kilo ohne Schein schnellstens lieferbar.
Ingenieur E. Schnell, Kolberg, Ziegelshanze 4.

Dreschmaschinen
mit und ohne Reinigung in allen Größen.
Neuzeitliche gediegene Bauart. Hervorragend in Leistung,
Ausdruck und Reinigung. Leichter Gang, daher geringerer
Wartungsbedarf.
M. Mayhark & Co.
Berlin N. 4, Chausseestr. 8.

Grüne Wallnüsse
unreife, abgefallene,
zu kaufen gesucht.
Schnelle Angebote an die
**Deutsche Handelsgesellschaft für Wohlfahrt
und Gesundheitspflege m. b. H.,**
Hamburg, Amol-Posthof.

Kammer- Lustspiele.

Dienstag, den 29., bis Donnerstag, den 31. Juli 1919.
Kasseneröffnung 1/8 Uhr. Beginn pünktlich 1/9 Uhr.

Die Verlobung durch das Fremdenbuch
Lustspiel in 3 Akten.
Herr Hans Waldorf (Gesangseinlage)
Ein Märchen aus uralter Zeiten.

Der Verschwendler (2. Teil)
Original-Zaubermärchen in 4 Akten.
Herr Hans Waldorf (Gesangseinlage).
Der tanzende Tor.

Johannisbeeren
kauft jedes Quantum
Franz Bowersdorff, Bergstr. 36.

Hans Hoffmeister, Dentist
Bergstraße 24 (im Hause des Herrn Kurt Wasilan).
Sprechstunden von 9-3 Uhr.
Zahnersatz in sämtlichen Ausführungen
sowie Zahnbehandlung.
Fernsprecher 573.

In E. Beihl's Dampf-
Bettfedern-Reinigungs- und
Desinfektions-Anstalt
Mühlentorstraße 11
werden die Bettfedern durch fach-
männische Bearbeitung hundert Prozent
schöner.
Abtötung von Motten garantiert.
Auf Wunsch wird abgeholt u. zugestellt.

Geschlechts-Kranke!
Rasche Hilfe - Doppelte Hilfe!
Harnröhrenleiden, frischer u. veralt. Ausfluß, Heilung in
Ulzeter Frist, Syphilis, ohne Verunstaltung, ohne Einschränkung
und andere Gifte. Manneschwäche, sofortige Hilfe. Ueber jedes
der drei Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlrei-
chen ärztl. Gutachten u. Hunderten freiwill. Dankschreiben Gebell-
ter. Zusendung kostenlos gegen 25 Pfg. in Marken für Porto in
verschloß. Doppelbrief ohne Aufdruck durch Spezialarzt Dr. med.
Dammann, Berlin 928, Potsdamerstraße 123 U. Sprechstunden:
9-10, 3-4 Uhr außer Sonnabend und Sonntag. Genaue Angabe
des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt wer-
den kann.

„Deutscher Reichskeller“
Bergstraße 26.
Täglich großer u. kräftiger Mittags- sowie Abendliß.
Kalte und warme Getränke zu jeder Tageszeit.

Wolfschagen.
Samstag, den 3. August
**Preis- und
Königschießen**
anschließend
großer Ball.
Beginn des Schießens 3 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
Gastwirt Brandenburg.
N. B. Vor Annäherung an die
Schußlinie wird gewarnt.
Kinder haben keinen Zutritt.

Bleichsoda
Schnellweiß
ausprobiert gutes Wasch-
u. Bleichpulver, empfiehlt
G. Montoux, Bergstr. 4.

Wer Wert legt auf
gesunde Zähne
gebraucht nur
Dragol-
Mundwasser.
Kurt Groß, Köslin,
Bergstr. 2. Tel. 130.

**Kräftige Kohlrabi- und
Grünkohlpflanzen**
empfiehlt
Bernhard Wunsch,
Gartenbaubetrieb.

**Kühnes
Weinestig**
empfiehlt
Franz Obß Nathf.
Dom. Großmollen
verkauft
Sommerstroh
à Zentner 2.- Mark.
Rapschoten,
von Miete an, Chaussee,
Fuder 0,50 Mark.

**Rechnungen
in verschiedenen Größen,
Quittungen
Mittellungen
Post-Ausflebe-
und
Begleit-Adressen
in Blocks**
liefert
die Geschäftsstelle der
„Fürstentümer Zeitung“
A.-G.
Köslin, Bergstraße 20.

Käse-Verteilung.
Am Donnerstag, dem 31. d. M.,
vormittags von 8 1/2 - 11 1/2 Uhr und
nachmittags von 3 - 5 Uhr erhält
Bezirk 2 gegen Entlohnung in die
Brotausweletart pro Person 75 Gr.
Käse. Die Ausgabe findet bei der
Käse C. Waldemann statt. Preis
2,55 Mk. pro Pfund.
Köslin, den 28. Juli 1919.
Der Magistrat.

Habe mich in
Kordeshagen
als
prakt. Tierarzt
nieder gelassen.
Eröffnung der Praxis ab 6. 8.
Dr. med. vet. Haber.

Freiwillige Versteigerung.
Am Donnerstag, dem 31. d. M.,
werde ich von nachm. 2 Uhr ab im
Gasthof zu Alt-Sanzin:
Kleiderschrank,
Vertiko,
eich. Kommode,
Bettstellen mit Matratze,
Kinderwagen,
Kinderklappstühle,
Jagdgewehr 9 mm,
Karabinerrevolver,
Luftbüchse,
ausgestopfte Vögel,
Gewehre,
Schmetterlingsammlung,
Käsesammlung,
Stiefel und anderes mehr
öffentlich meistbietend gegen Bar-
zahlung versteigern.
Ewald Beihl,
vereid. Auktionator u. Taxator,
Köslin, Mühlentorstr. 11.

Veräumen Sie nicht,
die Oktober-Abchnitte der
Seifenkarte in meinem Ge-
schäft gegen Guthaben sofort
abzuliefern. Sie erhalten
dafür im September
Toilettenseife 1,20 Mk.
Kerenseife 0,80 Mk.
Käferseife 0,60 „
J. Nowak, Dregerie.

**Toilettenseife 1,20
Kerenseife 0,80
Käferseife 0,60**
gegen sofortige Abgabe der
Oktoberabchnitte der Seifenkarte
bei **Kurt Groß, Bergstr. 2.**
Lieferung im September.

Jeden Posten
**Kirschen
und Geflügel**
kauft
Hans Schöneberndt,
Hohetorstraße 3.

Orthopädisch
für
Corsets
wachsende, System
Heising in höchster
Vollendung.
Bruchbänder
anatomisch nach
dem Körper gear-
beitet, fein luftiger
Druck, auch in den
schwersten Fällen.
Leibbinden für
Verwendungs-
Zwecke.
W. Erh, Neutorstr. 18.

An- und Verkäufe.
**Großen
Breiterschuppen**
zu jedem Bau passend, verkauft
Hugo Peshack, Holzhandlung,
am Kleintochhof,
Telefonschluß 476.

Suche ein großes und ein kleines
Bücherbrett
zu kaufen (7-8 bzw. 4 teilig).
Glasewald,
Hohetorstr. 34, part.

Neue Wäsche (Handt., Tischzeug),
beste Qual., fein. schw. Tuchmantel
a. Seid. g., verich Stoffreste, Spiz,
etc. zu verk. Grünstr. 22, u. Besichtig.
5 Uhr.
Ein alter
Getreidemäher
verkauft
Duchwaldstraße 43.

Arbeitsmarkt.
Zimmergesellen
für dauernde Beschäftigung
Max May

Kutcher
welcher landwirtschaftliche Arbeit
versteht, sucht
Hermann G.

Einem zuverlässigen
Arbeiter
zu den Pferden sucht foglich
Ehröder, Gertrudenstr.

Delvertreter
die ständig die Landkundschaft
suchen, bei hoher Provision gelte.
Die Vertretung vergibt der Ge-
vertreter eines ersten Hundes
Delwertes.
Gefl. Angebote unter Z. 411
die Geschäftsstelle d. Bl.

Wegen Verheiratung meines
Mädchens, suche ich zum 1. 10.
jauberer, perfektes
Hausmädchen
welches kochen kann, auch
Vermittlung der Mieten,
hohem Lohn.
Frau Georg Schrad
Danzigerstraße 50.

Hausmädchen
das melken kann, bei hoher
sfort verlangt
Bernhard Hoff, Bäckermei-
Groß-Möhlen.

Junges Mädchen
sucht Stellung auf einem Gut,
sie das Kochen gründlich er-
kann.
Angebote sind zu richten:
S. 22, postlagernd Schwefin
Köslin i. Pom.

**Grundstücks- und
Geldverkehr.**

Zinshaus
in der Danzigerstr. zu verk.
Anz. 40-50 000 M. Vermittler
Angeb. unter A. 420 an die

Hausgrundstück
mit Laden, im Mittelpunk
Köslin, neu erbaut, mit
Eiallungen, Garten und
Preis 70 000 Mark bei 30 000
Anzahlung, von Selbstkaufer
zu verkaufen. Wohnung sofort
Bermittler verhalten
Offerten unter Z. 419 an
Geschäftsstelle d. Ztg.

Geld in jeder Höhe
monatlich Rückzahlun-
verleihen sofort
H. Blume & Co., Bank

Wohnungen, Zimmer
Sofortens zum 1. Oktob
gatem Hause
4 Zimmer-Wohnung
gesucht, mit allem Zubehö.
Herrsch, Hauptstr.
Bergstraße 2.

Tiermarkt.

Absatzfertel
gibt ab
Kuhnte, Plümen

Arbeitspferd
8 Jahre alt, preiswert zu verk.
Eckler, B.

Verchiedenes.

Anzeigen aus Z...
Melne Wohnung befindet
1. August ab in meinem

Alte Schulstraße
Tierarzt Spe...